

Initiativantrag

KjG Bundesrat Herbst 2022

Antragsteller*innen: LAG NRW, DV Rottenburg-Stuttgart

Titel: Selbstbestimmt & diskriminierungsfrei!

Antragstext

1 Die KjG als katholischer Kinder- und Jugendverband unterstützt die
2 Bundesregierung in ihrem Vorhaben, das menschenfeindliche, diskriminierende und
3 in Teilen verfassungswidrige Transsexuellengesetz abzuschaffen und durch ein
4 zeitgemäßes Selbstbestimmungsgesetz zu ersetzen. Wir bewerten diesen
5 gesellschaftspolitischen Fortschritt als längst überfällig. Er ist ein wichtiger
6 Meilenstein für die Rechte von queeren Personen und die Gleichstellung der
7 Geschlechter in ihrer Vielfalt, für die wir uns als Verband in Gesellschaft und
8 Kirche schon lange einsetzen.

9 Wir halten fest, dass die Pläne für das Gesetz in Form der Eckpunkte, entgegen
10 der laut werdenden Kritik, keine Gefahr für Kinder und Jugendliche oder eine
11 Form der Indoktrinierung darstellen. Vielmehr wird das Selbstbestimmungsgesetz
12 vor allem dazu beitragen, dass Menschen in ihrer Identitätsfindung leben und
13 sein können, wie sie leben möchten und sind – gerade auch Kinder und
14 Jugendliche.

15 Wir wissen, dass Kinder und Jugendliche Expert*innen ihrer Selbst sind. Unser
16 Anspruch ist es, die Stimme von Kindern und Jugendlichen zu stärken und jungen
17 Menschen auch institutionell eigenständige Entscheidungen zu ermöglichen. Daher
18 begrüßen wir die bisherigen Planungen, Jugendlichen ab 14 Jahren die Möglichkeit
19 zu geben, selbst die Änderungserklärung mit Einverständnis ihrer Eltern oder
20 einem Familiengericht gegenüber dem Standesamt abzugeben. Kinder unter 14 Jahren
21

22 können nach den derzeitigen Plänen diese Erklärung nicht selbst abgeben und sind
23 bei der Antragstellung auf ihre Eltern angewiesen. Wir sind überzeugt, dass
24 Kinder und Jugendliche unabhängig ihres Alters für sich selbst einstehen können
25 und dass Altersgrenzen meist willkürlich gesetzt werden. Das Recht auf
26 Selbstbestimmung gilt nicht erst mit 14 Jahren, sondern für alle Kinder und
27 Jugendlichen. Diese Haltung wünschen wir uns auch für das
Selbstbestimmungsgesetz.

28 Leider beobachten wir, dass die gesellschaftliche Stimmung in Bezug auf das
29 geplante Gesetz gezielt von trans*feindlichen Positionen und rechten Stimmen
30 beeinflusst wird, die Unbehagen und Ängste schüren. Auch aus einigen
31 katholischen Kreisen nehmen wir dahingehende menschenfeindliche Äußerungen wahr.
32 Dieser Stimmungsmache und Queerfeindlichkeit stellen wir uns konsequent
33 entgegen.

34 Der Bundesrat beauftragt die Bundesleitung, sich im BDKJ auf geeignetem Wege
35 dafür einzusetzen, dass der BDKJ sich politisch für eine Ausgestaltung und
36 Beschlussfassung des Selbstbestimmungsgesetzes entsprechend unserer Position
37 engagiert. Hierfür soll auch die Unterstützung der anderen Mitgliedsverbände
38 gewonnen werden. Zudem wird die Bundesleitung damit beauftragt, einen
39 entsprechenden Antrag auf der nächsten BDKJ-Hauptversammlung einzubringen.

Begründung

“Die KJG setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen, unabhängig ihrer Geschlechtszugehörigkeit oder sexuellen Identität, die gleichen Teilhabechancen haben und in der unterschiedliche Lebensentwürfe diskriminierungsfrei möglich sind.” (Homepage der KJG)

Alles weitere erfolgt mündlich.

Initiativantrag

KjG Bundesrat Herbst 2022

Antragsteller*innen: DV Rottenburg-Stuttgart, DV Freiburg

Titel: Jin, Jijan, Azadi – Frau, Leben, Freiheit!

Antragstext

1 Der Tod der jungen kurdischstämmigen Iranerin Mahsa Jina Amini schockierte uns
2 zutiefst. Die sogenannte Sittenpolizei hat entschieden, sie habe ihr Kopftuch
3 nicht ordnungsgemäß getragen. Daraufhin wurde sie verhaftet, misshandelt und
4 ermordet.

5 Im Anschluss an diese Geschehnisse hat sich eine revolutionsartige
6 Protestbewegung entwickelt, in der Menschen aller Geschlechter für ihre Rechte
7 und insbesondere die Rechte von Frauen eintreten. So wenden sie alle sich gegen
8 das diktatorische Regime und stellen sich deutlich gegen Unsichtbarmachung und
9 Unterdrückung, explizit von Frauen.

10 Auf diese Proteste reagiert das herrschende Regime mit äußerst brutaler Gewalt
11 und Kriminalisierung der Bewegung bzw. der Menschen, die sich ihr anschließen.
12 Es kam zu weiteren Verfolgungen, Verschleppungen und Ermordungen von Menschen,
13 die für ihre Freiheit kämpfen.

14 Wir verurteilen diese willkürlichen, immer brutaler werdenden Gewaltexzesse und
15 tausendfachen Festnahmen durch iranische Sicherheitskräfte aufs Schärfste. Wir
16 erklären uns solidarisch mit den Protestierenden in Iran, die ihr Leben
17 riskieren, um für Selbstbestimmung, die Sichtbarkeit von Frauen, die Umsetzung
18 der Menschenrechte und gegen patriarchale Herrschaftslogiken zu kämpfen. Unsere
19 Solidarität gilt genauso allen

20 Protestierenden aus der iranischen Diaspora in der Bunderepublik und weltweit,
21 die sich, trotz der möglichen Konsequenzen für Verwandte, den Protesten
22 anschließen.

23 Als Verband, der Gewalt in jeder Form verurteilt und zu dessen Grundlage und
24 Ziel Geschlechtergerechtigkeit gehört, stehen wir klar solidarisch an der Seite
25 einer
26 Bewegung, die die Befreiung von Frauen und queeren Menschen von einem
27 fundamentalistisch-theokratischen Regime erkämpfen will. Auch wenn wir keinerlei
28 vergleichbare Repression erfahren haben, so wissen wir als katholischer
29 Verband wie leicht klerikale Macht Verfügungsgewalt über insbesondere weiblich
30 gelesene Körper beanspruchen kann. Besonders die Rechtfertigung von
31 Unterdrückung und Machtmissbrauch aufgrund patriarchaler Strukturen müssen
32 aufgebrochen und bekämpft werden.

33 Es ist zudem kein Zufall, dass diese Gewalt eine kurdischstämmige Person
34 getroffen hat, denn systematische Repression ethnischer Minderheiten, wie
35 Kurd*innen oder Belutsch*innen ist schon seit Jahrzehnten Praxis des iranischen
36 Regimes. Die aktuelle revolutionäre Bewegung hat insbesondere unter einem
37 Regime, das Menschenrechte im Allgemeinen nicht beachtet, eine immense Relevanz
38 für alle Einwohner*innen des Irans. Die Proteste bezeugen ein neues Bewusstsein
39 von vielfältiger und bedeutsamer Weiblichkeit, die frei und selbstbestimmt ist.

40 Zur konsequenten Solidarisierung mit der Protestbewegung fordern wir konkrete
41 politische Maßnahmen unserer Bundesregierung. Mindestens erforderlich sind ein
42 konsequenter Abschiebestopp in den Iran, sowie Maßnahmen, die vom Regime
43 Verfolgten eine erleichterte Aufnahme in die Bundesrepublik ermöglichen.

44 Die Bundesleitung wird beauftragt, die laufenden Entwicklungen auf ihren Kanälen
45 solidarisch zu begleiten.

Begründung

erfolgt mündlich